

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler Mdl

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann Mdl

www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- **Haushaltsdebatte im Landtag zeigt Versagen von Rot-Grün**
- **Hafen Emmerich endlich „landesbedeutsam“ im LEP**
- **Bürokratiemonster Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen**
- **Infrastrukturmaßnahmen im Kreis Kleve endlich umsetzen**
- **Rot-Grün ohne Konzept bei Breitbandausbau**
- **Lehrermangel im Kreis Kleve durch systematische Benachteiligung durch das Land**
- **Inklusion: Gründlichkeit vor Schnelligkeit!**
- **Gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher**
- **Bessere kinderärztliche Versorgung im Kreis Kleve – ernüchternde Aussichten**
- **CDU gegen rot-grüne Bevormundung der Jäger**
- **Stärkere Unterstützung für Museum Moyland gefordert**
- **Fracking-Einspruch zeigt Wirkung in den Niederlanden**
- **CDU für modernes Betreuungswesen**
- **Neubau und Sanierungen für LVR-Klinik erneut verschoben**

Haushaltsdebatte im Landtag zeigt Versagen von Rot-Grün

Die Landesregierung stellte nun den Haushaltsentwurf 2016 vor. Rot-Grün versagt aus Sicht der CDU in vielen Politikfeldern:

Die Finanzpolitik der Regierung Kraft bleibt unverantwortlich

Rund die Hälfte aller neuen Schulden von Bundesländern fällt allein auf NRW. Trotz massiver Steuermehreinnahmen und erheblicher Minderausgaben durch Niedrigzinsen wird ein ausgeglichener Haushalt in der Finanzplanung erst 2019 und nur durch Bilanztricks erreicht. Beispiel: Entgegen früherer Vereinbarungen will Rot-Grün die Rücklagen für die Beamtenvorsorge bis 2025 um 9 Mrd. € reduzieren.

Rot-Grün verspielt in der Wirtschaftspolitik die Zukunft NRWs

Mit ihrer Verhinderungs- und Regulierungspolitik bedroht die Landesregierung – hier speziell der grüne Minister Rammel – wichtige Zukunftsprojekte in unserem Bundesland. Zusätzlich verhindert der zwischen den Koalitionspartnern umstrittene Landesentwicklungsplan (LEP) dringend notwendiges Wachstum. So stellt auch die Clearingstelle Mittelstand der Landesplanung ein verheerendes Zeugnis aus. Gerade bei der Neuvergabe von Gewerbeflächen sieht der Entwurf eine so komplizierte Prüfung vor, dass Kommunen auf Anfragen von Unternehmen kaum rechtzeitig reagieren könnten.

Am Tariftreue- und Vergabegesetz hält Rot-Grün trotz starker rechtlicher Bedenken fest; jetzt entscheidet der Verfassungsgerichtshof...

(Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf S. 2)

Untätigkeit bei Infrastruktur verschlimmert Verkehrsmisere

Weil Rot-Grün bei zu wenigen Straßenprojekten Baureife (Planungen für Bundesstraßen und Autobahnen obliegen dem Land) herstellte, fließen Milliarden € des Bundes an NRW vorbei.

(Mehr zu diesem Thema lesen Sie auf S. 2)

Chaos in der Bildungspolitik

Mit Unterrichtsausfall, schlecht umgesetzter Inklusion und ohne Konzept zur Bildung für Flüchtlingskinder verspielt die Landesregierung viele Zukunftschancen der Kinder.

Hafen Emmerich endlich „landesbedeutsam“ im LEP

Bisher werden im Landesentwicklungsplan (LEP) die Entwicklungspotenziale des Kreises Kleve durch die Einstufungen der großen Infrastrukturprojekte im Kreis (Rhein-Waal-Terminal Emmerich und Flughafen Niederrhein Weeze) nicht ausreichend gewürdigt.

Erfreulicherweise kam wegen des politischen Drucks Bewegung in die Sache, sodass wenigstens der Hafen Emmerich in einem vorzulegenden 2. Entwurf endlich „landesbedeutsam“ gestellt werden soll.

Der Flughafen Weeze (Nr.4 der Flughäfen unseres Landes) behält jedoch weiter nur das Prädikat „regionalbedeutsam“.

Als Landtagsabgeordneter für die nördlichen und rechtsrheinischen Bereiche des Kreises Kleve setzte sich Dr. Günther Bergmann kürzlich mit zwei Kleinen Anfragen und bei Reden im Plenum erneut dafür ein, dass der LEP die reale Bedeutung der beiden Leuchtturmprojekte im Kreis Kleve widerspiegelt. Unsere Kreis Klever Themen kommen also regelmäßig in der Landespolitik zur Sprache.

Bürokratiemonster Tariftreue- und Vergabegesetz abschaffen

Die Fraktionen von CDU und FDP forderten die schnellstmögliche Abschaffung des Gesetzes. In seiner Landtagsrede kritisierte Dr. Günther Bergmann, der auch stellvertreten-

der Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses ist, das Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) als mittelstandsfeindlich, europarechtswidrig und wohl auch verfassungswidrig. Hintergrund: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hält das TVgG für unvereinbar mit unserer Landesverfassung und hat es dem Verfassungsgerichtshof Münster zur Prüfung vorgelegt. Kritisiert wird vor allem, dass das TVgG und besonders dessen Rechtsverordnungen mit enormen bürokratischen Lasten sowohl für kommunale Auftraggeber als auch für privatwirtschaftliche Auftragnehmer verbunden sind.

Die CDU-Landtagsfraktion teilt ausdrücklich die vergabefremden Ziele des TVgG wie etwa Arbeits- und Umweltstandards, Kinderschutz und ordentliche Entlohnung. Allerdings ist sie überzeugt davon, dass das TVgG der falsche Weg ist, um diese Ziele zu erreichen. Zusätzlich drohe das Gesetz die Tarifautonomie zu schwächen. So könne es nicht sein, dass es zwei unterschiedliche Tariflöhne im selben Unternehmen für Mitarbeiter etwa im ÖPNV gäbe. Gleichzeitig widersprächen Regelungen dem bundesweit geltenden Tariftreuegesetz.

Infrastrukturmaßnahmen im Kreis Kleve endlich umsetzen

Als Vertreter des Kreises Kleve stellten Margret Voßeler und Dr. Günther Bergmann schon Ende 2014 zwei Kleine Anfragen

zu wichtigen Straßenbauprojekten in der Region. Darin ging es um die Schließung der Lücke der B67n zwischen Kalkar und A57 sowie um den Weiterbau der OW1 in Kevelaer.

Bei einem Besuch bei der IHK-Zweigstelle Kleve erörterte Dr. Günther Bergmann mit dem dortigen Leiter, Dr. Andreas Henseler, notwendige Rahmenbedingungen zur Standortstärkung. Beide waren sich einig, dass eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur vor allem für die vielen Logistikdienstleister, den Hafen Emmerich und den Flughafen Weeze existentiell sei. Klare Unterstützung erfuhr daher auch die von der IHK gefasste Resolution zur Erreichbarkeit des Industrie- und Logistikstandortes Niederrhein.

Die beiden Landtagsabgeordneten setzen sich weiterhin für die schnellstmögliche Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan und in den Landesplänen gelisteten Maßnahmen ein. Das gilt vor allem für die autobahnverbindende Spange B 67n zwischen den rechtsrheinischen BAB 43, 31 und 3 sowie der linksrheinischen BAB 57 und jene die Kreisstadt entlastende Umgehung B 220n. Vom Bund bereitgestellte Gelder dürfen nicht wegen fehlender baureifer Planungen auf Landesebene (s. die nur halb realisierte OW 1) nach Berlin zurücküberwiesen werden und dann anderen Bundesländern zugutekommen. NRW muss liefern, denn für Planungen ist das Land zuständig.

Rot-Grün ohne Konzept bei Breitbandausbau

In NRW kommt der flächendeckende Breitbandausbau nur schleppend voran: 90 % der Gewerbegebiete und 60 % der Haushalte im ländlichen Raum sind immer noch nicht an schnelle Datenautobahnen angeschlossen. In Hessen hingegen erfolgt der Breitbandausbau mehr als doppelt so schnell, in Bayern sogar fast sechs Mal so schnell wie bei uns.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in den vergangenen 15 Monaten in acht Anträgen konkrete Vorschläge für einen beschleunigten Ausbau gemacht. Ganz aktuell legte die CDU-Landtagsfraktion einen Entwurf für ein Positionspapier „Breitbandausbau in NRW beschleunigen“ (zu finden auf der Homepage der Landtagsfraktion der CDU NRW: www.cdu-nrw-fraktion.de) vor. Rot-Grün hat es bis heute verpasst, ein tragfähiges Ausbaukonzept vorzulegen.

3,2 Mrd. € für schnelles Internet

Nach Berechnungen der Strategieberatung MICUS muss NRW mindestens 3,2 Mrd. € in den Aufbau einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur investieren. Bislang will Rot-Grün bis 2020 insgesamt nur 70 Mio. € Fördergelder bereitstellen.

Um den Kreis Kleve flächendeckend mit Hausanschlüssen aus Glasfaser zu versorgen, wären laut der Studie 226 Mio. € zu investieren. Bei FTTB-Technik („Fiber to the building“) käme das Kabel bis in jedes Haus.

Selbst wenn örtliche Randlagen nicht mit Glasfaser angebunden würden und man nur auf bereits bestehende „Datenverbindungen“ zurückgriffe, blieben noch Kosten von 120 Mio. € allein für den Kreis Kleve. Grund dafür ist, dass der Kreis Kleve ländlich strukturiert ist und dort bis dato relativ wenige Glasfaserkabel verlegt sind.

Hilfe aus Berlin reicht allein nicht

Die CDU begrüßt, dass Berlin sich mit 2,7 Mrd. € am Breitbandausbau in den Ländern beteiligt. Die auf NRW entfallenen Bundesmittel reichen aber bei weitem nicht aus. Eine Forderung der CDU lautet daher, die auf NRW entfallenen Fördermittel aus der sog. Digitalen Dividende II (ca. 133 Mio. € in drei Jahren) in ein Förderprogramm einzubringen und durch Landesmittel zu ergänzen – bei Priorisierung des ländlichen Raums und damit des Kreises Kleve.

Lehrermangel im Kreis Kleve durch systematische Benachteiligung durch das Land

Die Zuweisung von Lehrerstellen an Schulämter erfolgt u. a. auf Basis des Sozialindex. Er berücksichtigt die vier soziodemografischen Merkmale Arbeitslosenquote, Sozialhilfe- und Migrantenquote sowie Anteil der Wohnungen in Einfamilienhäusern. Der Sozialindex für den Kreis Kleve gehört zu den fünf niedrigsten, also besten in NRW.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage von Dr. Bergmann, in

der es auch darum ging, wann die Kriterien für die Bestimmung des Sozialindex einer Prüfung unterzogen werden, blieb die Landesregierung klare Antworten schuldig. Die Einrichtung weiterer Vertretungsreserven sei derzeit ebenso wenig geplant wie die Prüfung der Index-Kriterien.

Die aktuelle Flüchtlingsdebatte stellt auch den Kreis Kleve angesichts fehlender Lehrerinnen und Lehrer vor Probleme: Das Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration ermöglicht finanzielle Förderung von neu zu schaffenden Kommunalen Integrationszentren (KIZ). Für die Einrichtung eines solchen KIZ kann das Land im Zuge der Abordnung bis zu zwei Lehrkräfte bereitstellen. Da aber vorhandene Lehrerstellen im Kreis bis dato schon unbesetzt blieben (also Lehrermangel herrscht), steht der Kreis Kleve dem KIZ bisher ablehnend gegenüber.

Nun fragte Margret Voßeler MdL in einer Kleinen Anfrage, ob denn ehrenamtliche Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe unterschiedlich gewertet werde. Hintergrund ist, dass sich das Förderkonzept der Regierung auf Kommunen mit KIZ beschränkt. Dieses Verfahren benachteiligt die Kommunen, die wegen des sowieso schon eklatanten Lehrermangels kein rein administratives KIZ einrichten. Die Landesregierung antwortete, dass auch ehrenamtliche Aktivitäten förderfähig seien.

Inklusion: Gründlichkeit vor Schnelligkeit!

In der Plenardebatte zur Umsetzung der schulischen Inklusion in NRW wurde deutlich: Die rot-grüne Landesregierung versagt bei der Umsetzung des Artikels 24 (von 50!) der UN-Behindertenkonvention aus dem Jahr 2008 auf ganzer Linie.

In NRW werden Lehrerinnen und Lehrer nicht den Anforderungen entsprechend auf die tiefgreifende Veränderung vorbereitet. Verbindliche Qualitätsstandards müssen definiert werden; dazu gehören die Festlegung der Klassengröße sowie der Zahl der Sonderpädagogen. Dazu gehört auch die unabhängige Beratung der Eltern und vor allem eine bessere Fort- und Weiterbildung für Lehrpersonal aller Schulformen. Es gilt das Prinzip: Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Gute Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher

Immer mehr Kitas in NRW klagen über eine enorme Arbeitsbelastung. Die CDU hat daher einen Antrag zur Stärkung der Erzieherinnen und Erzieher eingebracht. Mit dem Kinderbildungsgesetz, das die CDU-geführte Landesregierung 2007 schuf, wurde die Kinderbetreuung zum qualitativen Beginn der Bildungskette. Schon damals wurde gesetzlich festgelegt, dass 2011 eine Evaluierung zu erfolgen habe. Die Nachfolge-Regierung setzte das bis heute nicht um. Schlimmer: Die beiden KiBiz-Revisionen 2011

und 2014 schrieben Mehrbelastungen für die Erzieherinnen und Erzieher fest, ohne diese finanziell ausreichend zu unterstützen.

Der Antrag der CDU greift die durchaus nachvollziehbaren Beschwerden der Erzieherinnen und Erzieher auf. Die CDU fordert eine systematische Untersuchung der Kitapraxis hinsichtlich der gestiegenen Arbeitsanforderungen. Es müssen dabei die Organisationsstrukturen, die Personalausstattung, die Fortbildungsmöglichkeiten des Personals sowie weitere besondere Herausforderungen in den Blick genommen werden. Die CDU hat bereits Vorschläge in den Landtag eingebracht, wie die finanzielle Ausstattung verbessert werden kann, um die Rahmenbedingungen für frühkindliche Bildung zu verbessern. Zudem ist über die Erprobung neuer Wege – z.B. eine verwaltungsminimierte Kindertagesbetreuung – nachzudenken; gegebenenfalls auch unter Einbindung von Verwaltungsassistenten.

Die Grenze der Belastbarkeit ist oft überschritten. Die Arbeitsbedingungen an Kitas müssen schnell verbessert werden, damit Kinder die bestmögliche Betreuung erhalten. Hier muss die Landesregierung handeln.

Bessere kinderärztliche Versorgung im Kreis Kleve – ernüchternde Aussichten

Die Versorgung des Kreises Kleve mit Kinderärztinnen und

Kinderärzten ist geografisch un- ausgeglichen und in Summe un- zureichend. Mit Blick auf abseh- bare Schließungen von Praxen ist zeitnahes Handeln ein Muss. Ein Beispiel, das zeigt, wie pre- kär die Lage ist: In Rees hört nun die einzige Kinderärztin auf, was junge Patientinnen und Patien- ten vor große Probleme stellt.

Die Altersstruktur bei Kinder- ärztinnen und -ärzten im Kreis Kleve macht das Problem noch deutlicher: nur sechs sind unter 50, acht über 60 Jahre alt. Aus- löser der Problematik sind die von der Kassenärztlichen Verei- nigung Nordrhein zugrunde ge- legten „Anhaltzahlen“, die auf alten Bevölkerungsprognosen basieren und dennoch vom Ge- meinsamen Bundesausschuss (GBA) eingesetzt werden.

In der Antwort auf die Kleinen Anfragen der Abgeordneten Voßeler und Bergmann zieht sich die Landesregierung dahin- ter zurück, dass das Land keine Einflussmöglichkeiten beim GBA hat. Das Land könne nur bei Rechtsverstößen eingreifen.

CDU gegen rot-grüne Bevormundung der Jäger

Die CDU stellt sich klar auf die Seite der Jägerinnen und Jäger. Das verabschiedete „Ökologi- sche Jagdgesetz“ schade dem ökologischen Gleichgewicht, in- dem es Natur- und Tierschutz behindert. Gleichzeitig verwei- gert es den Jägerinnen und Jä- gern die Anerkennung für ihren Einsatz um den Naturschutz. Die CDU lehnt die Abschaffung der flächendeckenden Jagd in

NRW, die Wiedereinführung der Jagdsteuer, die Schwächung der Interessenvertretung und die Reduzierung der Liste der jagdbaren Arten ab. Margret Voßeler kritisierte, dass Rot-Grün auf Bevormundung statt auf Eigenverantwortung setze.

Stärkere Unterstützung für Museum Moyland gefordert

In einer Kleinen Anfrage erkundigte sich der Landtagsabgeordnete Dr. Günther Bergmann nach Möglichkeiten der Landesregierung, das Museum Schloss Moyland stärker zu unterstützen. Die Landesregierung antwortete: Das Kuratorium der Stiftung habe 2013 die Arbeitsgruppe „Zukunft Stiftung Schloss Moyland“ ins Leben gerufen. Diese solle Hinweise und Empfehlungen geben. Im Übrigen bestehe keine Bereitschaft, die institutionelle Förderung zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit zu erhöhen. Was eine angemessene Würdigung der Stifter angeht, halte es die Landesregierung für unproblematisch, dass die Ministerpräsidentin, die dem Stiftungskuratorium vorsitzt, anders als ihre Vorgänger bisher persönlich an keiner Sitzung in Moyland teilnahm. Auf Nachfrage sicherte die Landesregierung aber zu, dass das Joseph Beuys Archiv der Stiftung definitiv in Bedburg-Hau bleiben werde.

Fracking-Einspruch zeigt Wirkung in den Niederlanden

Der Beschluss des niederländischen Kabinetts zum Fracking-Moratorium wurde von der

CDU erfreut zur Kenntnis genommen. Die Niederländer hatten eigentlich vor, kommerzielle Explorationen zwecks Gasgewinnung aus Schieferstein entlang der Grenze zu erlauben. Dr. Günther Bergmann, der sich bereits 2012 gegen Chemie-Fracking ausgesprochen hatte, führt den Stopp für die nächsten fünf Jahre auch auf die vielen Einsprüche aus dem Kreis Kleve zurück.

Beim Fracking werden Wasser und Chemikalien wie Benzol in den Boden gepresst, um die Durchlässigkeit des Bodens für die Erdgasförderung zu erhöhen. Das Gestein wird großflächig aufgebrochen, sodass das dort lagernde Gas entweicht. Für Bergmann steht weiterhin fest, dass gesundheitsgefährdende Chemikalien im Grundwasser und im Boden nichts zu suchen haben.

CDU für modernes Betreuungswesen

Die CDU-Fraktion setzt sich für die Modernisierung des Betreuungswesens ein. In einer öffentlichen Anhörung zu einem Antrag der CDU erörterten Sachverständige mit den Abgeordneten des Landtags die Probleme im Betreuungswesen. Die Förderung der Betreuungsvereine in NRW falle angesichts der aktuellen Herausforderungen zu gering aus.

Da hilft es kaum, dass die rot-grüne Landesregierung den ehrenamtlichen Vereinen in NRW eine zusätzliche Pauschale von 1.700 € pro Jahr gewährt –

wohlwissend, dass damit keine spürbare Entlastung erzielt werden kann.

Die Betreuungsvereine kümmern sich landesweit um rund 300.000 unter rechtlicher Betreuung stehende Personen und ergänzen so die Arbeit der hauptamtlichen Betreuer.

Dass das Ehrenamt ein starkes Hauptamt als Stütze im Hintergrund braucht, davon überzeugten sich die beiden Landtagsabgeordneten bei Besuchen beim Sozialdienst katholischer Frauen in Kleve und bei der Diakonie des Kirchenkreises Kleve in Goch.

Neubau und Sanierungen für LVR-Klinik erneut verschoben

Die Antwort auf eine Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Dr. Günther Bergmann, wann man denn endlich mit dem Neubau und der Sanierung rechnen könne, fällt ernüchternd aus: Mit einem Baubeginn des Stationsgebäudes könne frühestens Ende 2016 gerechnet werden.

In der Tat sind das neue 69-Bettenhaus und die Sanierung der beiden Häuser 25 und 28 längst überfällig. Vor Bergmanns Anfrage hatte der Personalrat Alarm geschlagen, da es neue Planungen und damit eine Zeitverzögerung geben sollte. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und die Unterbringungsbedingungen für die Patienten würden den Ansprüchen nicht mehr gerecht.